

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 06.12.2007**

öffentlich

Ort: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
Schopenhauerstraße 4

Zeit: 16:00 Uhr bis 19:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Thomas Godenrath
Frau Heike Wießner
Frau Ute Haupt
Frau Gertrud Ewert
Frau Hanna Haupt
Frau Elke Schwabe
Frau Dr. Regine Stark
Herr Leonhard Dölle
Frau Beate Gellert
Frau Antje Klotsch
Herr Uwe Kramer
Herr Dr. Peter Piechotta
Herr Winfried Weber
Herr Helmut Becker
Frau Dagmar Deckwerth
Frau Renate Leonhard
Frau Peggy Rarrasch
Frau Petra Schneutzer

Entschuldigt fehlen:

Herr Hendrik Lange
Frau Petra Meißner
Herr Herbert Jomrich
Herr Max Privorozki
Herr Torben Sarunski
Frau Dr. Christine Slomka
Herr Lothar Rochau
Frau Susanne Wildner

Vertreter Dr. Bartsch anwesend

entschuldigt

entschuldigt
erkrankt, durch Frau Brederlow vertreten
entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung mit dem Bildungsausschuss vom 11.10.07 und von der Sondersitzung am 25.10.2007 und der Sitzung vom 08.11.2007
- 4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Bericht zum Stand der Gespräche mit Jugendlichen aus Neustadt zum Interkulturellen Familienbegegnungszentrum "GIMMI"
Berichterstattung: Herr Rochau und Frau Brederlow, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- 6. Vorlagen
- 6.1. Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen
Vorlage: IV/2007/06566
- 6.2. Namensänderung einer Kindertagesstätte des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06757
- 6.3. Namensänderung einer Kindertagesstätte des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06758
- 6.4. Prioritäten von Diensten und Einrichtungen der Träger der freien Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2008
Vorlage: IV/2007/06849
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
- 9. Beantwortung von Anfragen
- 10. Anregungen
- 11. Mitteilungen
- der Verwaltung zum Fachkräfteprogramm (Rückblick/Ausblick)

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Frau Hanna Haupt eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde. Sie fragte an, ob Jugendliche anwesend sind, die etwas vortragen möchten.

Es meldeten sich aus der **Schule Zeitzer Straße 9: Nicole, Klassensprecherin 10. Klasse und Tobias Voigt, Schülerrat.**

Nicole sprach an, dass sie heute hier sind, um sich für den Erhalt ihrer Schule an dem Standort auszusprechen. Sie möchten wissen, wieso ihre Schule mit einer anderen Schule fusionieren soll und nicht mehr am Standort bleiben kann.

Tobias Voigt stellte folgende Fragen:

1. Stimmt es, dass an der Ammendorfer Schule nicht ausreichend Fachräume zur Verfügung stehen.
2. Besteht die Möglichkeit, bei Schließung der Schule, Material z.B. PC auf einer Börse anzubieten
3. Schüler möchten die evtl. neue Schule besichtigen, ist dies möglich
4. Schüler und Eltern möchten Zusage erhalten, dass dies für sie der letzte Umzug ist

Frau Schmidt vom GB V antwortete, dass die Schulentwicklungsplanung auf Grund der demografischen Entwicklung gemacht wird. Die Fragen dazu gehören in den zuständigen Fachbereich, in das Ressort Schule.

Betreffs Nachnutzung von Material hat sich die Verwaltung bereits über die Weiterverwendung verständigt. Betreffs Schulbesichtigung geht sie davon aus, dass dies über das zuständige Ressort Schule problemlos veranlasst werden kann. Die Fragen der Jugendlichen werden an dieses Ressort weitergeleitet und auch schriftlich durch dieses an den Schülerrat der Schule beantwortet.

Die Kinder- und Jugendsprechstunde wurde beendet.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt stellte die Tagesordnung fest.

Sie teilte mit, dass die Verwaltung die Vorlage „Richtlinie zur Finanzierung Kita“

Erst zur nächsten Sitzung vorlegen wird und der TOP 6.1. gestrichen wird.

Durch die LIGA der freien Wohlfahrtspflege wurde ein Antrag eingereicht.

Da dieser laut Geschäftsordnung des Stadtrates nicht fristgerecht eingereicht worden ist, wird dieser zur Januarsitzung auf die Tagesordnung gesetzt.

Sie fragte, ob es Einwände zur jetzt vorliegenden Tagesordnung gibt.

Es gab keine Gegenstimmen. Damit war die Tagesordnung bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung mit dem Bildungsausschuss vom 11.10.07 und von der Sondersitzung am 25.10.2007 und der Sitzung vom 08.11.2007

Frau Hanna Haupt fragte an, ob es Änderungswünsche zur Niederschrift vom 11.10.2007 gemeinsame Sitzung mit dem Bildungsausschuss gibt.

Da dies nicht der Fall war, wurde diese Niederschrift **bestätigt**.

Sie fragte weiterhin an, ob es Änderungswünsche zur Niederschrift vom 25.10.07 gibt.

Da dies nicht der Fall war, wurde diese Niederschrift **bestätigt**.

Sie fragte weiterhin an, ob es Änderungswünsche zur Niederschrift vom 08.11.07 gibt.

Herr Weber sprach an, dass zum TOP 9 auf Seite 13, letzter Satz seine Anregung fehlt.

Er hatte vorgeschlagen, dass diese Angelegenheit zur nächsten Sitzung als TOP aufgenommen wird.

Er stellte den Antrag, dies in der Niederschrift so aufzunehmen und zu berücksichtigen.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung des Antrages von Herrn Weber auf.

Diesem Antrag wurde **zugestimmt (6 Befürwortungen)**.

Mit Aufnahme dieser Änderung wurde der Niederschrift vom 08.11.2007 zugestimmt.

Frau Brederlow sprach an, dass sie unter Mitteilungen zu dieser Angelegenheit etwas sagen wird.

zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Hanna Haupt gab bekannt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung am 08.11.07 der Verein Kinderstadt e.V. die unbefristete Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe erhalten hat.

zu 5 Bericht zum Stand der Gespräche mit Jugendlichen aus Neustadt zum Interkulturellen Familienbegegnungszentrum "GIMMI" Berichterstattung: Herr Rochau und Frau Brederlow, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Frau Hanna Haupt sprach an, dass Herr Rochau erkrankt ist und Frau Brederlow heute in dessen Vertretung anwesend ist. Sie erteilte Frau Brederlow das Wort.

Frau Brederlow teilte mit, dass die Gespräche zum „GIMMI“ stattgefunden haben. Die aktuelle Situation dazu ist auch der heutigen Presse zu entnehmen. Die Angebote werden zukünftig für eine breitere Öffentlichkeit in der „Pustebblume“ stattfinden. Es sind neue Nutzer dort. Der Standortwechsel von der Unstrutstraße in die Pustebblume ist mittelfristig geplant. Es handelt sich hier um einen ca. 5 minütig weiteren Fußweg. Sie wird im Jugendhilfeausschuss regelmäßig über den Stand informieren. Ein neues Konzept für die „Pustebblume“ liegt noch nicht vor.

Anfrage durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** wer dann Träger der Einrichtung wird.

Frau Brederlow antwortete, dass der Träger der Pustebblume die SPI Entwicklungsgesellschaft ist.

Anfrage durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** ob ein Transfer von Projekten stattfindet.

Frau Brederlow antwortete, dass es sich hierbei nicht um eine Übertragung einer Einrichtung handelt. Die Stadt bleibt Träger des „GIMMI“, solange der Jugendhilfeausschuss nichts anderes beschließt. Sie lädt die Stadträte ein, vor Ort in den „GIMMI“ zu kommen, um sich mit den Jugendlichen unterhalten zu können. Diese sind außer montags ca. ab 16/17 Uhr dort anzutreffen.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 6 Vorlagen

zu 6.1 Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen Vorlage: IV/2007/06566

Dieser TOP wurde von der Tagesordnung gestrichen.

**zu 6.2 Namensänderung einer Kindertagesstätte des Eigenbetriebes
Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06757**

Frau Hanna Haupt begrüßt Herrn Kreisel, den Geschäftsführer des EB Kita zu den TOP 6.2 und 6.3. Sie bat diesen, einführende Worte zu den beiden Vorschlägen zu bringen.

Herr Kreisel sprach an, dass die im TOP 6.2 und 6.3 unterbreiteten Vorschläge zur Umbenennung von Kindertagesstätten Wille der Eltern und Erzieher ist. Da Namensänderungen für die Öffentlichkeit wichtig sind, müssen diese die entsprechenden Gremien durchlaufen.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zu der mit einer Umbenennung verbundenen Kostenfrage.

Herr Kreisel antwortete, dass die Kosten durch die Veränderung im Adressverzeichnis entstehen und keine immense Höhe verursachen.

Keine weiteren Anfragen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt der Namensänderung einer Kindertagesstätte des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

Die Kindertagesstätte **Froschkönig A** wird in Kindertagesstätte **Schatztruhe** umbenannt.

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig** zu (1 Enthaltung).

**zu 6.3 Namensänderung einer Kindertagesstätte des Eigenbetriebes
Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06758**

Es wurde bereits unter 6.2. alles besprochen.
Es gab keine Anfragen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt der Namensänderung einer Kindertagesstätte des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

Die Kindertagesstätte **Goldenes Schlüsselchen B** wird in Kindertagesstätte **Entdeckerland** umbenannt.

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig** zu (2 Enthaltungen).

zu 6.4 Prioritäten von Diensten und Einrichtungen der Träger der freien Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2008
Vorlage: IV/2007/06849

Frau Brederlow sprach an, dass die alljährliche Vorlage zu den Diensten und Prioritäten heute für 2008 dem Ausschuss vorgelegt wird. Dieses Jahr ist die Vorlage auf das Fachkonzept ausgerichtet und eindeutig so dargestellt worden. Es gab eine intensive Beratung mit dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung und den betreffenden freien Trägern dazu vorab. Die Gespräche mit den Trägern wurden inhaltlich und finanztechnisch geführt. Die Verwaltung ist beim Fachkräfteprogramm davon ausgegangen, dass die Mittel hierfür zur Verfügung stehen werden und hat dies entsprechend mit berücksichtigt und eingearbeitet. Es sind also die insgesamt dafür zur Verfügung stehenden Mittel aus dem UA 4750 enthalten. Es wurden die sozialräumlichen und die sozialraumübergreifenden Angebote als auch die Leistungen im Sozialraumbudget dargestellt. Im Sozialraumbudget II dahingehend Probleme, dass dieses Budget ein Defizit aufweist. Sie verwies darauf, dass Frau Schöps für Rückfragen zur Verfügung steht.

Ein Mitglied (Fr. Träger) monierte, dass die Zusendung der Vorlage viel zu spät erfolgte, so dass nicht ausreichend Zeit für die Vorbereitung dazu blieb. Heute soll über 2 Mio € beschlossen werden. Die bisherigen Vorlagen dazu waren übersichtlicher gestaltet, hier fehlen die Kostenblöcke wie Sach- und Personalkosten.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass diese Vorlage seit zwei Monaten in der Beratung im Unterausschuss vorlag und von einer Rückkopplung untereinander ausgegangen werden kann.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde angesprochen, dass die Verwaltung nach dieser Vorlage mehrfach gefragt und eine andere Zeitschiene angemahnt worden ist. Bereits im vergangenen Jahr gab es Diskussionen zur Prioritätenvorlage. Da wurde bereits von trägerbezogenen Budgets gesprochen. Es sollte über die fachliche Budgeteinsatzung gesprochen werden. Es ist nicht mehr klar, wie hoch die Proportionen zu den Kostenblöcken sind, da dies nicht mehr nachvollziehbar ist. Es kann nicht verglichen werden. Es wurde angeregt, diese Einzelaufstellung nachzureichen.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) ob im oberen Wert das Fachkräftebudget mit enthalten ist.

Frau Brederlow bejahte dies.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde angeregt, dass die Verwaltung die Einzelaufstellung dazu nachreicht, damit der Bedarf für 2008 definiert werden kann.

Frau Hanna Haupt gab das Wort an Frau Schöps.

Frau Schöps sprach an, dass seit dem 04. Juni 2007 im Unterausschuss Jugendhilfeplanung über die Prioritäten und Dienste gesprochen wurde. Es gab Diskussionen zu verschiedenen Varianten. Hier wurde dem Vorschlag der Träger gefolgt. Seit September 2007 standen die Prioritäten im UA Jugendhilfeplanung fest. Die Summen lagen da noch nicht vor, aber die Sozialraumbudgets waren klar. Heute wird der Aufbau der Vorlage kritisch angemerkt. Sie wies darauf hin, dass die vorhergehenden jährlichen Vorlagen oftmals bis zu 80 Seiten betrugten und man von diesem Umfang wegkommen wollte. Die Verwaltung hat jetzt versucht, dies übersichtlicher und kürzer darzustellen. Es wurden die Standardleistungen, die einzelnen Träger als auch die Angebote aufgeführt und

was in welchem Sozialraum stattfinden soll. Die verspätete Zusendung der Vorlage ist der Tatsache geschuldet, dass am 19.11.07 nochmals im UA Jugendhilfeplanung eine Diskussion dazu stattgefunden hat und erst anschließend die Vorlage fertig gestellt werden konnte. Dann musste die Vorlage noch unterschrieben und kopiert werden. In der Einladung wurde auf die Nachversendung hingewiesen.

Anfrage eines Mitgliedes (StR) ob von der Jugendwerkstatt „Bauhof“ die Insolvenz abgewendet werden kann.

Frau Heder antwortete darauf, dass die Verwaltung im ständigen Kontakt dazu mit dem Träger, der Arbeitsagentur, der ARGE und dem Landesverwaltungsamt ist. Es sind alle daran interessiert, dass ab dem 01.02.2008 die langfristige Sicherstellung mit den für uns wichtigen Projekten gewährleistet werden kann. Sie gab das Wort an Herrn Dölle ab.

Herr Dölle sprach zum aktuellen Situationsstand.

Es wurde Insolvenz beantragt, weil das Darlehen nicht verlängert wurde. Die Geschäftsführung hat daraufhin Insolvenz beantragt, um nicht mit persönlichem Vermögen haftbar gemacht werden zu können. Das Insolvenzverfahren wurde noch nicht eröffnet. Ein Insolvenzverwalter wurde vorläufig bestellt. Es gibt noch keine insolvenzbedingten Kündigungen.

Herr Weber (Vorsitzender des UA Jugendhilfeplanung) äußerte sich zur Vorgehensweise im UA Jugendhilfeplanung zur Vorlage. Der Unterausschuss hat ausschließlich einen planerischen Ansatz, also zu schauen, wie viel Fachkräftestellen in jedem Sozialraum vorgehalten werden und nicht was im Sozialraumbudget zur Verfügung steht. Dies gehört zum Verwaltungshandeln und ist durch die Verwaltung zu prüfen. Im Unterausschuss gab es keine Kritik an der Vorlage, der Jugendhilfeausschuss hat andere Aufgaben und muss auch über die Finanzierung beschließen. Wie bereits angesprochen fehlen detaillierte Aufstellungen zu den Personal- und Sachkosten, die als Nachreichung gefordert werden.

Die Verwaltung sagte die Nachreichung zu.

Herr Weber sprach an, dass die letzte Sitzung am 19.11.07 zu dieser Vorlage war, danach hätte diese gleich fertig gestellt werden können. Die Vorlage lag 4 Tage vor der Sitzung vor, es blieb den Mitgliedern damit kein Spielraum sich damit eingehend zu beschäftigen. Jetzt sind konkrete Zahlen darin enthalten, mit denen man sich auseinander setzen muss.

Durch ein **Mitglied (StR) wurde** bemerkt, dass es nur zwei Möglichkeiten der Umgehensweise dazu jetzt gibt. Entweder wird heute zu der Vorlage beraten oder beschlossen, diese von der Tagesordnung zu nehmen. Was ist gewollt?

Herr Weber antwortete, dass die Vorlage auf der Tagesordnung bleiben soll, seine Worte waren „mit Blick heilend in die Zukunft“.

Durch ein Mitglied (StR) wurde zur Verfahrensweise angefragt, sollen Betroffene den Raum verlassen.

Es bestand Einigkeit darüber, dass wie in den vergangenen Jahren damit verfahren wird. Betroffene stimmen bei dem Part nicht mit ab, von dem sie betroffen sind.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) zur Eigenanteilbeteiligung. Wie hoch ist die Summe, die durch die Träger in echtem Anteil erbracht werden. Was wurde berücksichtigt.

Frau Brederlow antwortete, dass laut Förderrichtlinie 10% Eigenanteil zu bringen sind. Es gibt keinen Träger, der dies bringt. Es wurde so gehandhabt, dass die Verwaltung

Gespräche mit den Trägern geführt hat und die Summen gemeinsam durchgegangen wurden. Es gibt keinen Träger, welcher mit Null-Eigenanteil dabei ist. In der Regel wurde zwischen 3 bis 7% Eigenanteil berechnet, da unterschiedliche Leistungen enthalten sind.

Frau Schmidt erwähnte, dass diese Problematik geregelt werden soll, wenn die einheitliche Förderrichtlinie der Stadt vorliegt, dort wird generell vom Eigenanteil von 10 % ausgegangen

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) ob dann von der Gesamtsumme der Eigenanteil ausgeht.

Dies betätigte Frau Schmidt.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) ob immer dem Trägervorschlag gefolgt wurde.

Frau Brederlow verneinte dies, die Antragssumme ist generell höher als gefördert wird.

Daraufhin wurde von dem Mitglied (Fr. Träger) hinterfragt, nach welchen Kriterien die Verwaltung hier vorgegangen ist.

Frau Brederlow antwortete, dass hierbei die Leistungsfähigkeit des Trägers eine Rolle gespielt hat, da es unterschiedliche Träger gibt. Zum Anderen wurde auf die Bedeutung des entsprechenden Leistungsangebotes im Sozialraum geschaut. Standardleistungen haben auch noch mal eine andere Bedeutung als die Zusatzleistungen.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) ob Tarifierhöhungen mit berücksichtigt wurden oder diese einheitlich abgelehnt worden sind.

Frau Brederlow antwortete, dass alle Kostenpläne angesehen und mit den Trägern darüber gesprochen worden ist.

Frau Schöps ergänzte, dass es eine unterschiedliche Beantragung zu den Tarifierhöhungen gab. Es wurde von 1,5% Tarifierhöhung ausgegangen, vorausgesetzt es wurde durch den Träger beantragt. Wurde es nicht beantragt, wurde es auch nicht berücksichtigt. Wenn wesentlich mehr beantragt worden ist, wurde von 1,5 % ausgegangen. Dies kann bei der Nachreichung der Aufschlüsselung der Posten mit beigefügt werden.

Anfrage durch ein Mitglied (STR) zu der zu erwartenden einheitlichen Förderrichtlinie. Wenn wir heute über Förderung für 2008 sprechen, wie wird mit der in Kraft treten der einheitlichen Förderrichtlinie dann damit umgegangen werden.

Frau Schmidt antwortete, dass bei einer zu erwartenden Beschlussfassung der einheitlichen Förderrichtlinie im I. Quartal 2008 mit einer Beantragung in 2008 von einer Wirkung ab 2009 ausgegangen werden kann.

Frau Hanna Haupt stellte fest, dass jetzt der allgemeine Teil abgeschlossen ist und jetzt Blockweise vorgegangen werden könnte. Sie fragte, ob es dazu Gegenstimmen gibt. Dies war nicht der Fall.

Frau Hanna Haupt rief **Block I Sozialraumübergreifende Angebote § 13,14 auf**. Sie wird die im Block benannten Träger aufrufen und es können Anfragen dazu gestellt werden.

Gibt es Anfragen zum Jugendzentrum St. Georgen. – Keine–
Anfragen zur Jugendwerkstatt Bauhof, eingangs wurde auf Situation bereits eingegangen.
– keine –

Anfragen zum IB

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde gefragt, ob hierbei die ARGE mit einbezogen wurde.
Frau Brederlow antwortete, dass dies mit dem Landesverwaltungsamt abgesprochen wurde, die ARGE hierbei hinzuzuziehen.

Frau Schmidt fragte nach, wenn es im Zusammenhang SGB II gefragt wurde, dann kann es bejaht werden.

Das Mitglied hat in diesem Zusammenhang hinterfragt.

Anfrage eines Mitgliedes (Fr. Träger) zum Projekt des IB „Reintegrationsklassen“ des IB, hier Bitte zur Begriffserläuterung „Stärkung familiärer Resilienz“.

Es wurde als „Widerstandskraft“ **beantwortet**.

Anfragen zum ASB Ortsverband Halle/SK

- Keine –

Anfragen zum SCHIRM-Projekt e.V.

- Keine –

Anfragen zum Clara Zetkin e.V.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde zu der 0, 5 Fachkräftestelle hinterfragt. Diese Stelle sollte für das Förderzentrum Süd, welches auch mit anderen Fördereinrichtungen zusammenarbeiten soll gedacht. SMAK?

Frau Heder antwortete, dass SMAK Einzelfall bezogen finanziert wird. Hier geht es um das bisherige Schülerbüro, die Beschreibung ist irreführend.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zur Definierung, um welche Schulen es sich hierbei handelt.

Frau Heder wies darauf hin, dass es einen Kooperationsvertrag zwischen Trägern und Schulen gibt zum Übergang Schule/Ausbildung.

Anfrage eines **Mitgliedes (StR)** um wie viel Schüler es sich hierbei handelt.

Frau Heder antwortete, dass es sich um die in dem jeweiligem Bereich wohnenden Schüler handelt.

Anfragen zum AWO-Drogenstreetwork

- Keine –

Anfragen zum DKSB

- Keine –

Frau Hanna Haupt stellte fest, dass dieser Komplex durchgegangen und zur Abstimmung bereit ist. Gibt es Widerspruch hierzu.

Es gab keine Gegenstimmen.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung auf.

Der Jugendhilfeausschuss stimmte dem Komplex I. Sozialraumübergreifende Angebote § 13, 14 **einstimmig zu**.

Frau Hanna Haupt rief zur Behandlung des Komplexes II. Sozialraumübergreifende Angebote § 11 auf.

Anfragen zum Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche

- Keine –

Anfragen zu St. Georgen

Anfrage durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** zu der 1,0 FKP-stelle, müsste 0,75 VbE sein.

Frau Heder entschuldigte dies als Schreibfehler.

Anfragen zum Friedenskreis Halle e.V.

- Keine –

Anfragen zur Villa Jühling

- Keine –

Anfragen zu den Franckeschen Stiftungen, S. 6

Anfrage durch ein **Mitglied (StR)**, ob die dort benannten 1,75 VbE im Fachkräfteprogramm für beide benannten Angebote ausreichend seien. Wie läuft das praktisch.

Frau Heder antwortete, dass die 1,75 VbE arbeitsspezifisch tätig sind und Krokoseum und Familienkompetenzzentrum sich abstimmen.

Anfragen zur AWO-Druckwerkstatt

- Keine –

Anfragen zu Franckeschen Stiftungen, S. 7

- Keine –

Anfragen zum TWSD

- Keine –

Frau Hanna Haupt stellte fest, dass dieser Komplex durchgegangen und zur Abstimmung bereit ist. Gibt es Widerspruch dazu.

Es gab keine Gegenstimmen.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung auf.

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig zu**.

Frau Hanna Haupt Komplex III. Dienste und Einrichtungen im Sozialraumbezug auf. Hier: Ressort I, Sozialraum I – Mitte/Nord/Ost

Anfragen zu IRIS (2 Angebote)

- keine –

Anfragen zu Caritasverband

- Keine –

Frau Hanna Haupt wies darauf hin, dass auf S. 8 unten die Zwischensumme für den Sozialraum steht und auf S. 9 weitergehend ist.

Anfragen zu CVJM

- Keine –

Anfragen zu Caritasverband

- Keine –

Frau Hanna Haupt sprach an, dass S. 8 und 9 durchgegangen wurden und es zur Abstimmung kommen kann. Gibt es Widerspruch.

Es gab keine Gegenstimmen.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung auf.

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig zu**.

Frau Hanna Haupt rief Ressort II, Sozialraum II Silberhöhe/Ammendorf auf.

Anfragen zu Pro Familia.

- Keine –

Anfragen zu DKSB, Familienbildungsstätte

- Keine –

Anfragen zu DKSB, Blauer Elefant

Anfrage durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** zu den im beiden Sozialraum befindlichen Einrichtungen „Blauer Elefant“ und „Bäumchen“. Diese Einrichtungen stehen unweit voneinander entfernt, hat dies Perspektive in der Entwicklungsplanung. Der Aktionsradius ist hier ähnlich. Die Jugendzentren wurden auf die Sozialräume aufgeteilt und hier im Ressort gleich zwei Einrichtungen beieinander. Wie sind hierzu die Überlegungen.

Frau Heder antwortete hierzu. Der DKSB ist mit dem Blauen Elefanten in der Familienförderung. Der SKV ist mit der Schöpfkelle und der Fachkräftestelle Kita/Schule in diesem Sozialraum. Es sind sich ergänzende Projekte. Es gibt keine Arbeitsüberschneidungen.

Herr Weber sprach an, dass dies im Unterausschuss Jugendhilfeplanung mehrfach diskutiert wurde. Einerseits weist der Sozialraum Silberhöhe einen Fehlbetrag auf und andererseits sind im SR III Projektmittel übrig. Es war keine abgeschlossene Meinung im UA dazu. Es wurden sich Gedanken gemacht, welches Budget welchem Sozialraum zugeordnet werden muss. Die Kriterienwertung war in absoluten Zahlen und im prozentualen Anteil zu sehen. Problem ist, dass wir mit der Summe nicht auskommen. Er ist dafür, dass innerhalb des Sozialraumbudgets die Prioritäten zu setzen sind. Es müssen auch Mittel für kurzfristige Projekte da sein. Die Kriterien sind wichtig, die in mehreren Sitzungen für die Sozialraumbudgets gebildet wurden

Hinweis eines Mitgliedes (StR) dass dann wieder von vorn angefangen werden wird.

Frau Brederlow sprach an, dass es tatsächlich schwierig ist. Wenn dies gewollt ist, muss gesehen werden, welche Stellen dann nicht benötigt werden, um Budget frei zu bekommen.

Keine weiteren Fragen zu dem Projekt.

Anfragen zu SKV gGmbH, S. 11

Anfrage durch **Herrn Weber** wie sich das verhält, wenn die Ausgaben in den Standardleistungen nicht ausreichend sind. Vorschlag, hier eine 0,5 VbE als

Auslaufförderung zu betrachten. Wir hätten dann immer noch 10.000 € die aus dem SR III genommen werden müssen.

Frau Heder antwortete, dass sie hierzu zu bedenken gibt, dass dies bereits im UA diskutiert worden war. Der SKV ist mit 1,75 VbE in Hardenbergstraße. Was ist tatsächlich an Arbeit dann noch möglich, wenn Stelle gekürzt wird. Ein wichtiges Projekt für den Übergang Kita-Grundschule, hier sollen benachteiligte Kinder eine Chance erhalten. Dies wäre eine „Quadratur des Kreises“. Mit dem Ausgleich in 2008 zwischen SR II und III handelt es sich um Angebote, welche die Verwaltung für wichtig hält.

Hinweis **eines Mitgliedes (STR)** dass hierzu die Diskussion im UA erfolgt ist. Jetzt geht es um das Sozialraumbudget. Mehrheitliche Beschlüsse für 2008 wurden gefasst. Wie soll inhaltliche Leistung erfolgen, wenn derart Stellen gekürzt werden. Der Vorschlag von Herrn Weber wird nicht unterstützt.

Durch ein Mitglied (StR) wurde darauf aufmerksam gemacht, dass der Integrationsgedanke unterstützt werden sollte. Also eine Zusammenführung auch im Jugendbereich im Blick bleiben muss und nicht wie im 2. Absatz beschrieben, dass sich deutsche Jugendliche von ausländischen Jugendlichen verdrängt fühlen.

Frau Heder machte deutlich, dass dieses Ziel auch verfolgt wird. Jedoch gibt es Jugendliche, die bestimmte Einrichtungen nicht aufsuchen, weil sich dort bestimmte Gruppierungen aufhalten.

Anfrage eines **Mitgliedes (Fr. Träger)** woher die Summe von 21.432 € kommen soll, welche als Differenz zum SR-budget erfasst wurde. Laut Verwaltung soll diese Summe aus dem SR III kommen. Kann dies nicht auf alle Sozialräume aufgeteilt werden.

Frau Heder antwortete, dass die SR-budgets nur innerhalb des Sozialraumes unter den Ressorts geteilt werden können. Jetzt liegt dieser Vorschlag vor; oder es müsste ein anderer Vorschlag erfolgen.

Frau Brederlow sprach an, dass die SR-budgets besprochen worden sind und auch die Leistungen in den Sozialräumen genau betrachtet worden sind. Wenn jetzt ein anderer Vorschlag gewollt ist, müssen die Schwerpunkte neu besprochen und ausgehandelt werden.

Durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** wurde dazu vorgeschlagen, dass dies für 2008 jetzt so belassen werden kann, da die Projekte auch laufen. Für 2009 sollte dann genauer hingeschaut werden.

Frau Hanna Haupt stellte fest, dass dies jetzt abgehandelt worden ist und zur Abstimmung gekommen werden kann. Gibt es Widerspruch hierzu.

Es gab keine Gegenstimmen.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung auf (S. 10/11).

Es wurde **einstimmig zugestimmt** (4 Enthaltungen).

Frau Hanna Haupt rief zur Behandlung **des Ressorts II südliche Innenstadt/Südstadt (S. 12/13)** auf.

Anfragen zu Jugendwerkstatt Bauhof gGmbH

-Keine -

Anfragen zu CVJM

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) zu den inhaltlichen Schwerpunkten beim CVJM, da im Text Worte fehlen.

Frau Heder entschuldigte dies und wies darauf hin, dass das „faz“ im Regionalbezug arbeitet;
Es wird Eltern Hilfe in Form eines Elterntrainings angeboten.

Anfragen zu Kinder- und Jugendhaus
-Keine –

Anfragen zu Waldorf e.V.
-Keine –

Anfragen zum HRV
- Keine –

Frau Hanna Haupt sprach an, dass somit das Ressort II südliche Innenstadt/Südstadt besprochen worden ist und darüber abgestimmt werden kann. Gibt es Widerspruch.

Es gab keine Gegenstimmen.

Hanna Haupt rief zur Abstimmung auf (S. 12/13)

Es wurde **einstimmig zugestimmt** (1 Enthaltung).

Frau Hanna Haupt rief zur Behandlung des Ressorts III, hier Sozialraum IV Halle-Neustadt auf. (Seiten 14 – 17)

Anfragen zur AWO
- Keine –

Anfragen zur Villa Jühling
- Keine –

Anfragen zur AWO (S. 15)
- Keine –

Anfragen zur Villa Jühling , familienbezogene Arbeit
- keine –

Anfragen zur AWO, schulbezogene Jugendarbeit

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) hierzu, da schulbezogene Jugendarbeit bis 30.06.08 über Fachkräfteprogramm gefördert und dann ESF –Programm greifen soll. Welcher Baustein gewährleistet die Sicherstellung, dass langfristig hier nichts wegbricht.

Frau Brederlow antwortete, dass der Baustein ESF noch nicht endgültig festgelegt worden ist. Erst muss die Förderrichtlinie des Landes hierzu klar sein. Eine Sicherstellung der Förderung dieser Schulen muss über andere Projekte laufen, hier gibt es noch Gesprächsbedarfe.

Frau Schmidt unterbreitete den Vorschlag, dass bei einem Wirksamwerden der Förderrichtlinie über eine Umschichtung diskutiert werden kann.

Keine weiteren Fragen hierzu.

Anfragen zu Villa Jühling, schulbezogene Jugendarbeit

- Keine -

Anfragen zu Wirtschaftsschule Halle

Anfrage durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** hierzu, da dies über ESF beantragt werden kann. Wieso sollen hier ca. 5000 € einfließen, hier sollte abgewartet werden, ob ein Zuschlag über das ESF-Programm erteilt wird.

Frau Brederlow antwortete, dass dieses Projekt seit dem Sommer läuft. Es gibt eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Wirtschaftsschule und den benannten Schulen. Vom Landesverwaltungsamt wurden Träger angesprochen, sich hier zu beteiligen. Den Zuschlag erhielt über das LVA die Wirtschaftsschule, es ist also nichts Neues. Es ist ein kleiner Anteil der Kommune, sich hieran zu beteiligen.

Hinweis **eines Mitgliedes (Fr. Träger)**, dass Dinge, welche Folgekosten produzieren, beraten werden sollten.

Frau Brederlow antwortete, dass diese Ausschreibung kurzfristig lief und über das LVA gezielt Träger angesprochen worden waren. Dies lief alles über das LVA. Die Verwaltung muss auch kurzfristig reagieren können, wenn die Stadt Halle davon einen Nutzen hat.

Keine weiteren Anfragen.

Anfragen zu CVJM

- Keine -

Anfragen zu AWO (S. 17)

Anfrage eines Mitgliedes (Fr. Träger) dass es sich bei dem Antragsvolumen um eine Splittung zum auf S. 15 benanntem inhaltlichem Schwerpunkt handelt. 167.000 € sind Standardleistung und 8000€ als Leistung aus dem Sozialraumbudget. Hier wird um Erläuterung gebeten.

Frau Brederlow antwortete, dass der Antragsaufwuchs mit dem Dornröschen, Seniorenbereich zusammen hängt. Für 2007 war hier keine Förderung enthalten. Die AWO hat einen Antrag gestellt, dass im Dornröschen intergenerative Arbeit gefördert wird. Standardleistung ist das Beratungs- und Begegnungszentrum Dornröschen und die 8000 € ist für Honorar intergenerative Angebote gedacht.

Durch **ein Mitglied (Freie Träger)** wurde angefragt, wieso Honorarleistungen gefördert werden, die Seniorenarbeit sollte mit über Fachkräfte abgedeckt werden. Honorarverträge sind Zusatzleistungen. Wer trägt die Betriebskosten für den Seniorenbereich.

Frau Brederlow antwortete, dass es mit der AWO Gespräche zu dem Antrag gab. Die AWO wurde zu einer nochmaligen Prüfung hierzu aufgefordert, bisher liegt nichts schriftlich vor.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) zur Wertung der intergenerativen Arbeit. Diese ist keine zusätzliche Leistung sondern ist als Integration der Familienarbeit zu sehen. Intergenerativarbeit erreicht eine größere Zielgruppe.

Frau Brederlow antwortete, dass Schwerpunkt in der Kinder- und Jugendarbeit zu sehen ist. Fachlich wird es unterstützt, dass das Dornröschen sich zu einem intergenerativem Zentrum entwickelt.

Es gab keine weiteren Anfragen.

Frau Hanna Haupt stellte fest, dass dieser Komplex jetzt abgeschlossen ist und abgestimmt werden kann. Gibt es Widerspruch.

Es gab keine Gegenstimmen.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung des Komplexes (S. 14 – 17) auf.

Der Jugendhilfeausschuss stimmte diesem **Komplex einstimmig zu (1 Enthaltung)**.

Frau Hanna Haupt rief zur Behandlung des **Ressorts III Sozialraum V Heide-Nord/Lettin auf**.

Anfrage durch ein **Mitglied (StR)** wer sich hinter INT GmbH verbirgt.

Die Verwaltung antwortete, dass dies eine Tochtergesellschaft der Deutschen angestellten Akademie (DAA) ist und tatsächlich sich so nennen.

Anfrage durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** zum TWSD, welche keine Planstelle haben und dennoch gefördert werden sollen. Wird dort offene Kinder- und Jugendarbeit geleistet.

Frau Brederlow antwortete, dass diese Mittel für eine halbe Stelle gedacht sind, also ausschließlich für Personalkosten. Das TWSD ist hier im Zusammenhang mit unserem Tandemprojekt anzusehen. Leistungen aus Sozialraumbudget sind für Angebote für Familien gedacht. Schwerpunktbereich ist der Bereich Heide-Nord, hier Jugendarbeit, Kooperation mit KITA auch in anderen Stadtteilen. Es ist ein erhöhter Bedarf an Familienarbeit sichtbar.

Anfrage, wo dann diese halbe Stelle mit Sitz angebunden sein wird.

Frau Brederlow antwortete, dass diese halbe Stelle in einer Tagesgruppe sein wird, aber als Geh-Struktur anzusehen ist. TWSD hat keine eigene Kita, der Träger muss also hier mit anderem Träger kooperieren.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger), da dies nicht als offene Jugendarbeit angesehen wird sondern im Zusammenhang mit HzE. Aus diesem Grund wird bei diesem Komplex eine Einzelabstimmung verlangt.

Frau Brederlow antwortete, dass es sich nicht um HzE handelt sondern um präventive Familienarbeit als Unterstützung für Familien.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde gefragt, was die richtigen Strukturen hierzu sind. Das DRK macht hier bereits eine gute Familienarbeit, warum bindet sich das TWSD mit den 15000 € nicht an eine Familienbildungsstätte. Eine Geh-Struktur ist strukturell schwierig.

Frau Brederlow antwortete, dass dieses Angebot durch keinen anderen Träger an die Verwaltung herangetragen worden ist. Jeder hat die Möglichkeit einen entsprechenden Antrag zu stellen und hier liegt dieser vor. Der Träger arbeitet bereits in Kooperation mit Streetwork.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) wie der Zugang hier beschrieben ist.

Frau Brederlow antwortete, dass das TWSD mit Einrichtungen vor Ort kooperiert, läuft über das Stadtteilzentrum mit Sitz in Heide-Nord.

Es gab keine weiteren Anfragen.

Frau Hanna Haupt griff den Vorschlag zur Einzelabstimmung zu diesem **Sozialraum Heide-Nord/Lettin auf** und schlug vor, jetzt zur Abstimmung zu kommen. Gibt es Widerspruch.

Es gab keine Gegenstimmen.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung der Träger auf.

S. 18 DRK

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig** zu.

S. 18 INT GmbH

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig** zu.

S. 19 Hallesche Sportjugend

Frau Ute Haupt beteiligte sich nicht an der Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig** zu.

S. 19 TWSD

Befürwortungen 6

Ablehnungen 6

Enthaltungen 2

Der Jugendhilfeausschuss **lehnte den Vorschlag ab**.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass jetzt Komplexweise abgestimmt worden ist und nun über die Gesamtvorlage (siehe Beschlussvorschläge) abgestimmt werden kann. Gibt es Widerspruch.

Es gab keine Gegenstimmen.

Durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** wurde angesprochen, dass sich jetzt die Sozialraumplanungsgruppe Heide-Nord mit der Ablehnung des TWSD beschäftigen muss und ein Vorschlag gemacht werden soll, wie jetzt die Erwartungen im Sozialraum dazu sind.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung der Gesamtvorlage auf.

Beschlussvorschlag

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Prioritäten von Diensten und Einrichtungen der Jugendhilfe in der Stadt Halle (Saale) im Haushaltsjahr 2008.

2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt eine 30%ige kommunale Kofinanzierung des Fachkräfteprogramms 2008 bis 2010 im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Die Bewilligung der finanziellen Förderung steht unter dem Haushaltsvorbehalt.

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig** zu.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

zu 8 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Frau Ute Haupt hatte mehrere Anfragen:

1. Sie hat erfahren, dass bei vollzogenem Standortwechsel der Schule aus der Zeitzer Straße dieser Standort dann für Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden soll. Was verbirgt sich dahinter.

Die Verwaltung prüft dies und informiert zur nächsten Sitzung.

2. Am 24.11.07 wurde zu einer Veranstaltung ein Projekt „Häusliche Gewalt“ vorgestellt. Hier müsste mit dem Träger auch eine sozialräumliche Zuordnung stattfinden. Sie bittet um Kontaktaufnahme zu dem Träger, um das abzuklären.

Die Verwaltung sagte dies zu.

3. Sie regte an, die Problematik zu der Dienstanweisung HzE nicht als TOP zu einer Sitzung zu behandeln sondern dazu eine Klausurtagung stattfinden zu lassen. Es geht u.a. auch um die Vertrauensarbeit zwischen Stadträten und Freien Trägern , dies sollte nicht in einer Sitzung diskutiert werden. Es liegen zwei Anträge von Stadträten vor, die eine ähnliche Problemlage aufwerfen, so dass dies insgesamt behandelt werden kann. Sie sprach an, dass Herr Roth auch bereit wäre, wenn dies gewünscht ist, vor dem Jugendhilfeausschuss zu sprechen. Sie fragte an, ob die Verwaltung und die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ihrer Anregung folgen würden.

Frau Brederlow sagte zu, dass die Verwaltung prüfen wird, ob dies in Form einer Klausurtagung oder Sondersitzung erfolgen wird. Dann könnten die beiden Anträge der Stadträte Wolff/Schuh, welche aus dem Stadtrat in den Jugendhilfeausschuss verwiesen wurden, dort mit auf die Tagesordnung. Gleichfalls könnte der Antrag der LIGA dort auch eine Rolle spielen. Die Verwaltung informiert im Januar, in welcher Form dies angedacht wird.

Anfrage Frau Dr. Stark, ob dies kurzfristig anberaumt werden kann.

Frau Hanna Haupt antwortete, dass diese Dinge inhaltlich entsprechend in einer Klausur- oder Sondersitzung gewertet werden sollen. Gleichfalls sind die beiden in den Ausschuss verwiesenen Anträge zu behandeln. Die Oberbürgermeisterin hatte hierzu im Stadtrat geäußert, dass der Verwaltung die notwendige Zeit dafür gegeben werden sollte, um dies entsprechend bearbeiten zu können. Insofern kann jetzt von einer kurzfristig anberaumten Sitzung/Klausur keine Rede sein. Die Verwaltung prüft dies und informiert zur weiteren Vorgehensweise zur Sitzung im Januar.

Weitere Anfragen:

Herr Weber begrüßte es, dass Herr Lohmann von der MZ heute zur Sitzung anwesend ist. Er äußerte seine Betroffenheit über einen Beitrag, welcher in der MZ am 19.11. 2007 erschienen ist. In dem Beitrag „Platz in Problemfamilie“ werden Zitate von JHA-Mitgliedern gebracht. Im Zusammenhang mit den Diskussionen zur Umgestaltung der Jugendhilfe ist die Rede von „Sozialverbände....mitunter als Heimmafia.....die allein wirtschaftliches Interesse habe“.

Die Träger der freien Jugendhilfe verwarren sich gegen derartige Äußerungen und wiesen diese Unterstellung entschieden zurück. Alle Träger von Leistungen der Erziehungshilfe, dazu gehört auch die Heimerziehung, sind zu gemeinnützigen Zwecken verpflichtet. Die Träger haben ihre Position dazu heute schriftlich hier an alle Mitglieder des Jugendhilfeausschusses verteilt. Die Frage ist, ob recherchiert werden kann, von wem solche Informationen an die MZ gegeben worden sind. Die Aussage in der MZ müsste widerlegt werden. Kann sich die Verwaltung oder Jugendhilfeausschuss zu diesem Artikel in der MZ äußern.

Frau Brederlow antwortete, dass in dem Artikel nicht nur von „Heimmafia“ sondern „Sozialmafia“ die Rede war. Mafia ist eine organisierte Kriminalität und der Artikel stellt eine Diffamierung der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses dar. Explizit wurden auch Stadträte erwähnt.

Frau Schwabe verwarnt sich gegen die Darstellung der Stadträte in diesem Artikel. Allen der hier Sitzenden ist der präventive Ansatz im HzE-Bereich sehr wichtig. Die Diskussionen dazu benötigen Zeit und werden hier auch geführt werden.

Frau Ute Haupt sprach an, dass hierzu die vorgeschlagene Klausurtagung ein geeignetes Mittel ist.

Frau Klotsch stellte klar, dass keiner der hier sitzt, solche Äußerungen getroffen haben kann. Die Verwaltung sollte einen Vorschlag zur Umgehensweise zu diesem Artikel machen. Dies wurde öffentlich gemacht also sollte eine öffentliche Gegendarstellung erfolgen.

Frau Brederlow machte deutlich, dass das gemeinsame Ziel klar ist. Die Frage ist, wie wir damit umgehen wollen und dies kommunizieren. Was ist den Artikel betreffend vom Jugendhilfeausschuss gewollt.

Herr Godenrath sprach an, dass der Artikel eine Darstellung der Presse ist. Er hat in den Sozialraumplanungsgruppen eine andere Erfahrung gemacht, die positiver Art ist. Es findet eine offene Debatte dort statt. Negativ ist die überörtliche Presse. Er verweist auf Leipzig, wie es dort gesehen wird. Es sollte hier eine Verständigung insgesamt erfolgen.

Frau Klotsch sprach an, dass die Fachdebatte woanders geführt werden soll. Dieser Artikel stellt eine Diffamierung von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses dar und sollte widerlegt werden. Presse hat viel in den letzten Wochen geschrieben. Die unterschiedliche Meinung zu dieser Sache wird bleiben.

Frau Hanna Haupt verwarnt sich entschieden gegen die wörtlichen Zitate, die in diesem Artikel erschienen sind. Unterschiedliche Ansichten werden hier im Jugendhilfeausschuss diskutiert aber keines Falls solche Äußerungen getätigt. Sie könnte versuchen in MZ gegen diese Zitate zu sprechen, wenn dies gewollt ist.

Herr Weber begrüßte das Angebot von Frau Hanna Haupt . Diese wird auf Herrn Weber diesbezüglich zugehen

Frau Ewert sprach an, dass Andere meinen, das solche Begriffe angeblich von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses geäußert wurden. Es muss nichts erklärt oder klar gestellt werden. Hier im Jugendhilfeausschuss wird vernünftig miteinander umgegangen und es muss miteinander gearbeitet werden. Diskussionen dürfen nicht persönlich beleidigend ausgehen sondern auf einer sachlichen Ebene bleiben. Das wird hier praktiziert. Presse hat sich geäußert und es ist bereits öffentlich gemacht worden. Gegendarstellungen bringen erfahrungsgemäß gar nichts im Nachgang.

Es gab keine weiteren Meinungsäußerungen dazu.

zu 9 Beantwortung von Anfragen

Es lagen keine vor.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

zu 11 Mitteilungen - der Verwaltung zum Fachkräfteprogramm (Rückblick/Ausblick)

Hanna Haupt sprach an, dass am 13.12.07 von 9.00 – 11.00 Uhr in den Franckeschen Stiftungen im Deutschen Jugendinstitut eine Veranstaltung stattfindet, die auch für die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses interessant sein könnte. Die Einladung hat sie hier und bei Interesse kann diese nach der Sitzung angesehen werden.

Weitere Mitteilungen:

Frau Hanna Haupt sprach an, dass durch den Stadtjugendring ein Antrag an den UA Jugendhilfeplanung gerichtet war, welcher ihr auch vorliegt. Der UA wird sich damit beschäftigen.

Herr Kramer informierte dazu kurz im Jugendhilfeausschuss.

Herr Wilhelm informierte zum Stand „Hühnermanhattan“.

Am 20.11.07 fand das Gespräch mit der HWG statt, daran nahmen Frau Ute Haupt, Frau Wießner und Frau Dr. Stark teil.

Grundsätzlich steht fest, dass die HWG das Objekt im Jahr 2008 veräußern wird. Der Verein kann die Räume damit nicht weiter nutzen. Die HWG hat Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für den Verein Unterstützung zugesagt. Mit der HWG wurde gesprochen, dass die Mitglieder des Vereins nicht sofort auf die Straße gesetzt werden. Die HWG bleibt bei der Kündigung zum 30.11.07, es gibt keine rechtswirksame Vertragsverlängerung. Letztere wurde dem Verein mit Auflagen angeboten, was durch den Verein abgelehnt worden ist. Es soll noch mal ein gemeinsames Gespräch mit der HWG stattfinden, woran auch Vereinsvertreter teilnehmen sollen. Es soll eine konstruktive Lösung gefunden werden.

Frau Brederlow sprach an, dass es im Jugendhilfeausschuss vor einiger Zeit die Anregung gab, die Ergebnisse aus dem Fachkräfteprogramm zu einer Sitzung vorzustellen. Die Träger wurden durch die Verwaltung gebeten, ihre Berichte dazu der Verwaltung vorzulegen. Dies sollte die Verwaltung zusammenfassen und übersichtlich vortragen bzw. sollten evtl. auch

Träger zur Sitzung dazu sprechen. Die Verwaltung schlägt jetzt vor, dass eine Liste zum FKP zusammengestellt wird. Aus dieser geht hervor, was es für Projekte gab und wie die Arbeit erfolgte (Auszug aus dem Bericht des Trägers) mit einer Bewertung der Verwaltung dazu. Die Frage ist, was jetzt dazu im JHA gewollt ist. Sollen Träger eingeladen und dies zum TOP gemacht werden oder ist eine schriftliche Zusammenstellung ausreichend.

Herr Kramer antwortete, dass eine schriftliche Zusammenstellung und Weiterleitung an die Mitglieder für ausreichend gehalten wird.
Es gab keine Gegenstimmen dazu.

Die Verwaltung stellt dies schriftlich allen Mitgliedern zusammen und dann zur Verfügung.

Weitere Mitteilungen

Frau Brederlow wollte heute unter diesem TOP etwas zur Situation im Fachbereich mitteilen.

Herr Godenrath stellte den Antrag, dies im nichtöffentlichen Teil zu behandeln. Hier geht es auch um das Personal des Fachbereiches.

Diesem **Antrag wurde zugestimmt** und dies wird im nichtöffentlichen Teil behandelt.

Frau Klotsch teilte mit, dass in der nächsten Sitzung der Antrag der LIGA zur Behandlung ansteht. Die fachliche Auseinandersetzung wird in der Klausurtagung erfolgen. Diese Tagung sollte als geschlossene Tagung des Jugendhilfeausschusses stattfinden. Die LIGA hält ihren Antrag aufrecht. Es geht nicht nur um eine gestörte Kommunikation sondern die Fachmeinung hierzu.

Frau Hanna Haupt antwortete, dass der Antrag der LIGA auf die Tagesordnung der Sitzung am 10. Januar 2008 kommt. Die Verwaltung prüft den Verfahrensweg hinsichtlich der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates.

Gez. Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Kaupke

Protokollantin